



Propriety of the Erich Fromm Document Center. For personal use only. Citation or publication of material prohibited without express written permission of the copyright holder.

Eigentum des Erich Fromm Dokumentationszentrums. Nutzung nur für persönliche Zwecke. Veröffentlichungen – auch von Teilen – bedürfen der schriftlichen Erlaubnis des Rechteinhabers.

Johach\_H\_2013

## **Erich Fromms Einsatz für den Frieden und aktuelle Herausforderungen der Friedenspolitik**

Helmut Johach

„Erich Fromms Einsatz für den Frieden und aktuelle Herausforderungen der Friedenspolitik“, in: *Fromm Forum* (Deutsche Ausgabe – ISBN 1437-0956) 17 / 2013, Tübingen (Selbstverlag), pp. 62-72.

Copyright © 2013 by Dr. Helmut Johach, WalpersdorferStr. 13, D-91126 Rednitzhembach, E-Mail: [helmut.johach\[at-symbol\]web.de](mailto:helmut.johach[at-symbol]web.de)

Wenn man den Ausführungen im autobiographischen Eingangskapitel von *Jenseits der Illusionen* (1962) Glauben schenken darf, dann geht Erich Fromms Skepsis gegenüber jeglicher Form von militärischem Säbelrasseln und Wettrüsten bereits auf Erfahrungen zurück, die er als 14jähriger Schüler beim Beginn des Ersten Weltkriegs gemacht hat. Sein Lateinlehrer hatte nämlich, wie die meisten national gesinnten Deutschen, auf den Kriegsausbruch begeistert reagiert, nachdem er zuvor den Unterricht unter die Devise *Si vis pacem, para bellum* gestellt hatte. Konnte der Lehrer im Ernst daran glauben, dass Kriegsvorbereitungen der Sicherung des Friedens dienen, wenn er sich so stark für das Kriegführen begeisterte? In der nachdenklichen Reaktion des jungen Fromm auf das Verhalten des Lateinlehrers kann man, wenn man so will, ein Vorspiel der späteren Aktivität des Analytikers sehen, der hinter den vorgeschobenen die realen Motive des Klienten aufzudecken sucht. Ganz anders dagegen die Erfahrung mit dem Englischlehrer, der den Schülern vor den Sommerferien 1914, also noch in Friedenszeiten, die Aufgabe gestellt hatte, die englische Nationalhymne auswendig zu lernen. Als die Mitschüler nach den Ferien, angesteckt durch die allgemeine Kriegshysterie, die Aufgabe verweigerten, weil England inzwischen für sie zum Erzfeind geworden war, meinte der Lehrer mit feiner Ironie, sie sollten sich nichts vormachen, England habe bisher noch nie einen Krieg verloren. Das hieß im übertragenen Sinn: Die andere Nation, mit der man bisher im Frieden gelebt und die man vielleicht sogar insgeheim bewundert hat, kann doch nicht über Nacht zum Hassobjekt werden. Fromm meint dazu: „Hier sprach die Stimme der Vernunft und des Wirklichkeitssinns inmitten des aberwitzigen Hasses.“ (Fromm 1962a, GA IX, S. 41.)

Das Schulerlebnis des jungen Fromm wird ergänzt durch seine selektive, schon früh im humanistischen Sinn betriebene Bibellektüre. Da finden sich auf der einen Seite die blutrünstigen Geschichten von der Landnahme Kanaans, die ihn langweilen, ja abstoßen, auf der anderen Seite gibt es aber auch die Botschaft der Propheten, nach der Schwerter zu Pflugscharen und Lanzen zu Winzermessern werden sollen (vgl. Jes. 2,4). Fromms Option ist eindeutig: Die kriegerischen Auseinandersetzungen, von denen die Bibel berichtet, lehnt er ab, von der Vision eines „universalen Friedens“ und dem Gedanken einer „Harmonie zwischen den Völkern“ ist er dagegen fasziniert (vgl. a.a.O., S. 40).

Die aus dem Studium der hebräischen Bibel herrührende Option für den Frieden geht



nach dem Aufgeben der Riten und Gebräuche des Judentums bei Fromm keineswegs unter, im Gegenteil: Sie liegt auch seinen späteren sozialpsychologischen Überlegungen und den ausgearbeiteten politischen Analysen zu Grunde. Fromm wird durch die Erfahrung der beiden Weltkriege mit ihrem grauenhaften Massenabschlachten und durch den drohenden atomaren Untergang nicht zum Zyniker, der am Zustand der Welt verzweifelt, sondern er hält fest an der Hochschätzung der Propheten und ihrer Vision des Friedens, ja er übernimmt selbst deren Rolle (vgl. Akrap 2011, S. 128).

Nachdem er zu Beginn des Dritten Reiches über die Schweiz ins amerikanische Exil geflüchtet war, verfolgte Fromm während der Kriegs- und Nachkriegszeit die gesellschaftlich-politische Entwicklung in Deutschland und Europa mit großer Sorge. Die Wirkung seines Buchs *Escape from Freedom* (1941), das ihn in den USA bekannt machte, beruhte ja nicht zuletzt darauf, dass seine amerikanischen Leser hier eine plausible sozialpsychologische Erklärung für die Anziehungskraft des Nazismus erhielten. Fromm stützte sich dabei auf Material aus der in Deutschland durchgeführten Arbeiter- und Angestelltenuntersuchung (vgl. Fromm 1941a, GA I, S. 341). Im deutschen Charakter mit seiner Anfälligkeit für eine autoritäre Politik, in der Wiederaufrüstung, der Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze und dem Revanchismus der Vertriebenenverbände sah er nach dem Zweiten Weltkrieg eine neue Gefahr heraufdämmern. Seine Stellungnahmen dienten freilich zunächst der sozialpsychologischen Analyse, noch nicht dem Ziel direkter politischer Einflussnahme.

Politische Wirkung erhoffte sich Fromm jedoch im Jahr 1948 von einem Aufruf, den er aus Anlass der Gründung des Staates Israel, versehen mit den Unterschriften von Leo Baeck und Albert Einstein, in der *New York Times* unterbringen konnte (vgl. Fromm 1990t, GA XI, S. 526f.). Auf die eskalierenden Spannungen zwischen Israelis und Arabern reagierte Fromm mit einem Appell, der sich gegen „Terrorismus“ und „fanatischen Nationalismus“ auf beiden Seiten wandte und zu „Arbeit und Kooperation“ im „gemeinsamen Land“ (a.a.O., S. 526) aufrief. Mit diesem Appell, für den er sich breite Unterstützung durch die amerikanischen Juden versprach, hoffte er vor allem auf die israelische Regierung mäßigend einzuwirken, was jedoch misslang; bekanntlich kam es gleich nach der Staatsgründung zum Krieg, in dem sich die Israelis als militärisch überlegen erwiesen. Damit sahen sie sich in der Fortsetzung einer Politik bestärkt, die darauf hinauslief, die Palästinenser aus ihrem angestammten Land zu vertreiben und die darin Verbliebenen als Menschen zweiter Klasse zu behandeln. Fromm setzte sich für ein friedliches Miteinander ein und war entsprechend enttäuscht, als sein Appell bei der israelischen Regierung nichts ausrichtete und die Unterstützung der jüdischen Verbände in Amerika ausblieb. So schrieb er im Jahr 1962 an Angelica Balabanoff, eine befreundete, in Rom lebende Journalistin:

*„Ich muss zugeben, dass ich seit der Gründung des Staates Israel eine im gewissen Sinn negative Einstellung gegenüber Israel habe. Ein Grund hierfür ist die Behandlung, die die Araber durch die Israelis erfahren. In allen Berichten, die mir zu Ohren kommen, haben die Araber, die im Land zurückblieben, eben doch nicht die gleichen Rechte wie die Israelis. Was aber noch schwerer wiegt: Ich kann keinerlei Rechtfertigungsgrund sehen, warum man den Arabern, die geflohen waren, das Land weggenommen hat, und warum man ihnen die Rückkehr verweigert. Auch mag ich den israelischen Nationalismus nicht. Der vermutlich wichtigste Grund für meine gefühlsmäßige Einstellung gegenüber dem Staat Israel ist aber der folgende: Für mich war der prophetische Messianismus immer eine der wunderbarsten Vorstellungen, und für mein Gefühl hat der Staat Israel diese Vorstellung für*



*seine eigenen politischen Zwecke verkauft.*“ (Brief vom 29.10.1962, zit. GA XI, S. 660.)

Der bis heute virulente Nahost-Konflikt, der einerseits die Beziehung Israels zu den umliegenden arabischen Staaten und zum Iran, andererseits die Behandlung der Palästinenser betrifft, ist ein heißes Thema, das gerade uns Deutschen hohe Sensibilität abverlangt. Es muss jedoch möglich sein, die Politik der israelischen Regierung zu kritisieren, ohne gleich des Antisemitismus verdächtigt zu werden. Fromm war gewiss kein Antisemit, wenn er sich für ein friedliches Miteinander von Juden und Palästinensern einsetzte. Im Jahr 1957 rief er mit Unterstützung von Martin Buber, Nahum Goldmann und seinem Jugendfreund Ernst Simon eine Initiative ins Leben, die die Rückführung der Palästinenser in ihren ehemaligen Besitz zum Ziel hatte. Später wurde er Mitglied des „Komitees für neue Alternativen im Vorderen Orient“ (vgl. Funk 1983, S. 130f.). Leider sind, wie wir wissen, alle auf dauerhaften Frieden zwischen Israelis und Arabern zielenden Initiativen bisher am unversöhnlichen Hass der Nationalisten auf beiden Seiten, auf deren Konto die Ermordung von verständigungsbereiten Politikern wie Anwar-el-Sadat und Jizchak Rabin geht, gescheitert. Die in diesem Hass liegende destruktive Energie macht verständlich, weshalb Fromm im „nationalen Narzißismus“ (Fromm 1964a, GA II, S. 217) ein Haupthindernis jeglicher Friedenspolitik sieht.

Sein intensivstes friedenspolitisches Engagement entwickelte Fromm in den frühen 60er Jahren, als der Kalte Krieg mit dem Mauerbau in Berlin und der Kuba-Krise einen überaus gefährlichen Höhepunkt erreichte (vgl. Johach 2000, S. 75ff.). In seinem kenntnisreichen, bis heute jedoch nur wenig gewürdigten Buch *May Man Prevail? An Inquiry into the Facts and Fictions of Foreign Policy* (1961) setzte er sich mit den Hintergründen des Ost-West-Konflikts, den vorherrschenden Militärdoktrinen und den zu erwartenden Folgen eines Atomkrieges auseinander. Indem er die aktuelle Politik der Sowjetunion aus der historischen Entwicklung herleitete und vor allem deren Streben nach Sicherheit in den Vordergrund stellte, suchte Fromm die These, dass die Sowjets nach der Weltherrschaft trachteten, zu entkräften. Zugleich unternahm er es, im Kontrast zur damals im Westen vorherrschenden Politik der Stärke, die auf forcierte Atomrüstung setzte, die Grundlinien einer „vernünftigen“ Friedens- und Entspannungspolitik zu skizzieren (vgl. Fromm 1961a, GA V, S. 145ff.).

Schon im Jahr 1957 hatte Fromm die amerikanische Friedensbewegung SANE (*National Committee for a Sane Nuclear Policy*) mit ins Leben gerufen. Als Mitglied von SANE, jedoch ohne offiziellen Auftrag, nahm er 1962 an der Weltfriedenskonferenz in Moskau teil, die von den westlichen Regierungen als kommunistische Propagandaveranstaltung gewertet wurde. (Ich erinnere mich, dass in der BRD damals Martin Niemöller, einer der wichtigsten Vertreter der Bekennenden Kirche während der Nazizeit, der sich mit wenigen anderen für die Weltfriedenskonferenz einsetzte, kommunistischer Umtriebe verdächtigt wurde.) Der Verdacht, dass die Konferenz einseitig gesteuert war, bestätigte sich zwar insofern, als die Delegierten aus der Sowjetunion und den übrigen Ostblock-Ländern kräftig applaudierten, wenn es gegen die Atomwaffenversuche der USA und die Aufrüstung der NATO-Staaten ging, sich jedoch jeglicher Kritik an ihren eigenen Regierungen enthielten. Fromm und sein damaliger Mitstreiter Homer A. Jack hatten aber immerhin Gelegenheit, vor versammeltem Plenum dieses Verhalten zu kritisieren und von *beiden* Seiten die Bereitschaft zu ernsthaften Abrüstungsverhandlungen zu fordern (vgl. Jack 1987, S. 63ff.). Der Auftritt bei der Veranstaltung des Weltfriedensrates in Moskau gehört sicher zu den bedeutendsten und mutigsten Aktivitäten



Fromms in den 60er Jahren.

In zahlreichen Memoranden, die er an Politiker des Senats und des Repräsentantenhauses in den Vereinigten Staaten verschickte, befasste sich Fromm um die gleiche Zeit mit aktuellen Fragen der *amerikanischen Außenpolitik*. Er suchte damit auf einen Stopp der Atombombentests und ernsthafte Schritte zum Abbau der Nuklearwaffenarsenale hinzuwirken. In Senator Fulbright fand er einen demokratischen Politiker, der für seine Ideen offen war, aber letztlich gegen die Politik des Weißen Hauses und des Pentagon nicht viel ausrichten konnte. Die Aktivitäten von SANE verlagerten sich ab Mitte der 60er Jahre mehr auf Initiativen zur Beendigung des *Vietnamkriegs*, an denen Fromm weniger beteiligt war. Immerhin hat sich in seinem Nachlass auch zu dieser Thematik ein Vortragsmanuskript aus dem Jahr 1966 erhalten (Fromm 1990r, GA XI, S. 507ff.). Fromm war eigens aus Mexiko angereist, um bei der *SANE Garden Party* in New York eine Rede gegen den Vietnamkrieg zu halten. Wenige Tage danach erlitt er einen Herzinfarkt, von dem er sich anschließend mehrere Monate lang im Tessin erholte. Im Jahr 1968 nahm er nochmals einen Anlauf zu politischer Aktivität in der Öffentlichkeit, indem er sich auf etlichen Veranstaltungen für die Nominierung von Eugene McCarthy, einem Kritiker des Vietnamkriegs und Abrüstungsbefürworter, zum Präsidentschaftskandidaten der demokratischen Partei einsetzte. Nach dessen Niederlage stellte Fromm seine öffentlichen Aktivitäten ein, wobei auch gesundheitliche Gründe eine Rolle spielten.

Fromms Memoranden aus der Zeit des Kalten Krieges sind in manchen Punkten überholt. Dies gilt vor allem für die Stellungnahmen zu den damals geplanten Maßnahmen der Zivilverteidigung (vgl. Fromm/Maccoby 1962b, GA V, S. 225ff.), von denen sich Politiker und Militärs der USA, unterstützt durch intellektuelle Atomkriegs-Verharmloser wie Herman Kahn, einen Vorteil im Wettrüsten der damaligen Supermächte versprachen. Fromm wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen die Unmenschlichkeit eines Kalküls, der den Tod von 40 bis 60 Millionen Menschen noch für „annehmbar“ hielt und davon ausging, dass die Überlebenden danach wieder ein „normales und glückliches Leben“ (Zitat Kahn, a.a.O., S. 232) führen könnten. Diese Diskussion ist insofern überholt, als ein Atomkrieg zwischen den damaligen Supermächten nicht mehr aktuell ist und die USA ihre Kriege mit konventionellen Waffen „out of area“ führen. Unterirdische Bunkerbauten, die einem Teil der Zivilbevölkerung im atomaren Ernstfall das Überleben sichern sollen, stehen nirgends mehr auf dem Programm. Es muss jedoch daran erinnert werden, dass in den Strategieüberlegungen der NATO immer noch der Erstschlag mit Atomwaffen als Option erwogen wird und dass gegenüber sogenannten „Schurkenstaaten“ wie dem Iran deren Streben nach Atomwaffen als Begründung für einen möglichen Präventivangriff, gegebenenfalls auch mit bunkerbrechenden Atomsprengeköpfen, herangezogen wird.

Unüberholt an Fromms Beiträgen zur Friedenspolitik aus der Zeit des Kalten Krieges sind seine Überlegungen zu den kollektiv-psychischen Mechanismen, die jederzeit wieder die Kriegsbereitschaft fördern können, wie z.B. der *Projektion eigener Aggressionsabsichten* auf den Gegner und der *Abspaltung der gefühlsmäßigen Reaktion* auf die angerichtete Zerstörung, die das Kriegführen zu einer rein technischen, mit äußerster Präzision und Effizienz zu erledigenden Angelegenheit macht.

Im Folgenden werde ich zunächst aufgreifen, was Fromm zu den *Ursachen von Kriegen* zu sagen hat, sodann möchte ich auf seine Ausführungen zur *Situation in Deutsch-*



*land* nach dem Zweiten Weltkrieg näher eingehen und schließlich sollen einige Bedingungen für eine *konsequente Friedenspolitik* im Anschluss an Fromm entwickelt und auf gegenwärtige Konfliktfelder angewandt werden.

### Ursachen des Krieges – begünstigende und verstärkende Faktoren

Es scheint verlockend, bei der Frage nach Ursachen des Krieges auf konstitutionelle Faktoren wie den von Freud postulierten „Todestrieb“ (vgl. Mitscherlich 1969, S. 15) oder den von Konrad Lorenz ins Spiel gebrachten, mit „innerartlichem Kampfverhalten“ begründeten „Aggressionstrieb“ (Lorenz 1974, S. 57) zurückzugreifen. Aus Fromms Sicht sind dies grandiose Vereinfachungen, die weder das aggressive Verhalten Einzelner noch die Realität moderner Kriege zureichend erklären können. In der *Anatomie der menschlichen Destruktivität* (1973) widmet er der Widerlegung dieser Argumentationsweise ein eigenes Kapitel. Fromm schreibt hier lapidar:

*„Die Ansicht, der Krieg werde durch die Aggression des Menschen verursacht, ist nicht nur unrealistisch, sondern auch schädlich. Sie lenkt die Aufmerksamkeit von den wirklichen Ursachen ab und schwächt den Widerstand gegen diese.“* (Fromm 1973a, GA VII, S. 18, Hervorhebung H.J.)

Als „wirkliche Ursachen“ erwähnt er – geschichtlich betrachtet – vor allem das Bestreben, sich Land anzueignen, „Reichtümer, Sklaven, Rohstoffe, Märkte, Expansion – und Verteidigung“ (ebd.). Bezeichnenderweise nennt er das Motiv der Landesverteidigung an letzter Stelle, und es ist wohl kaum zu bezweifeln, dass in Europa, wenn man allein die Zeit seit dem Dreißigjährigen Krieg betrachtet, Kriege aus allen möglichen anderen Gründen, nur nicht aus dem der Landesverteidigung, geführt worden sind. Einem Verteidigungskrieg muss ein tatsächlich stattgefundenen *Angriff auf das eigene Land* vorangehen; ein Verteidigungskrieg ist per definitionem reaktiv. Den strategischen Planungen der NATO, die nach der Auflösung des Warschauer Paktes auf neue Aufgaben umgelenkt wurden, lag und liegt jedoch die Auffassung zu Grunde, das Bündnis müsse in der Lage sein, einem jederzeit *möglichen* Angriff, wenn nötig, mit Atomwaffen zuvorzukommen. Fromm zögert nicht, die entsprechenden Überlegungen westlicher Militärstrategen während der Zeit des Kalten Krieges als „paranoides Denken“ zu klassifizieren, da es sich daran orientiert, „was *möglich* und nicht, was *wahrscheinlich* ist“ (Fromm 1961a, GA V, S. 58, Hervorhebung im Original).

Die Unterscheidung zwischen Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit ist bei der Beurteilung der Ernsthaftigkeit einer Kriegsgefahr von größter Bedeutung. Wenn man sich gegen einen jederzeit *möglichen* Angriff wappnen will, führt dies zu wahnwitzigen Rüstungsanstrengungen, die sich am faktischen oder vermuteten militärischen Potential des Gegners orientieren und seine tatsächlichen Angriffsabsichten außer Acht lassen. Man sucht den Gegner in der Rüstung zu übertrumpfen, denn man will ja aus jedem denkbar möglichen Schlagabtausch als Sieger hervorgehen. Wenn man dagegen die *Wahrscheinlichkeit* eines Angriffs einzuschätzen versucht, ist man bestrebt, sich nicht nur vom militärischen Potential, sondern auch von den realen Absichten des Gegners ein Bild zu machen. Dabei setzt man voraus, dass der Gegner, auch wenn er mit Aggression droht, doch zumindest rationalen Überlegungen zugänglich ist. So kann die Frommsche Unterscheidung z.B. auf den derzeitigen *Iran-Israel-Konflikt* angewandt werden. Hier wird auf Seiten der Befürworter eines Präventivschlags vorausgesetzt, dass der Iran, wenn er über Atomwaffen verfügt, sie ohne Zögern gegen Israel einset-



zen wird; denn er hat ja – so wird als Begründung angeführt – das Verschwindenlassen Israels von der Landkarte angedroht und mit Atomwaffen und entsprechenden Trägersystemen hätte er jederzeit die Möglichkeit dazu. Mit dem Ausklammern der Frage nach der Wahrscheinlichkeit eines solchen Angriffs wird jedoch zusätzlich unterstellt, dass der Iran angesichts der ihm bekannten israelischen Zweitschlagskapazität, die nicht zuletzt auf von Deutschland gelieferten U-Booten beruht, sehenden Auges Selbstmord begehen will – nach Fromm ist dieses ausgemalte Bedrohungsszenario nichts anderes als „paranoides Denken“.

Ein weiterer Faktor, den Fromm in diesem Zusammenhang erwähnt, ist der „Mechanismus der *Projektion*“ (Fromm 1961a, GA V, S. 59, Hervorhebung H.J.). Man schreibt dem Gegner übelste Absichten zu, während man selbst nur aus lautersten Motiven zu handeln vorgibt. Eigene Angriffsvorbereitungen werden als reine Verteidigungsmaßnahmen ausgegeben; dem Gegner wird dagegen ständige Angriffsbereitschaft unterstellt. Eigene Verhandlungsangebote sind selbstverständlich ehrlich gemeint, während hinter jeder Offerte des Gegners heimtückische Absichten vermutet werden. (Hier sei daran erinnert, dass Helmut Kohl auf die Abrüstungsvorschläge Gorbatschows zunächst mit dem berüchtigten Goebbels-Vergleich reagierte; erst später konnte er sich mit dem Gedanken anfreunden, dass diese Vorschläge tatsächlich ernst gemeint sein könnten.) In der Projektion erscheint der externe Feind als Verkörperung alles Bösen und man hält sich selbst für die „Verkörperung alles Guten“, weil man das Böse „auf die andere Seite übertragen“ (Fromm 1961a, GA V, S. 59) hat. Mit der entsprechenden Schwarz-Weiß-Malerei werden, wie vor allem die Beispiele aus dem Jahrzehnt nach dem 11. September zeigen, optimale Voraussetzungen dafür geschaffen, um auch demnächst wieder in einen neuen Kreuzzug ziehen zu können.

Sozialpsychologisch wirksame Mechanismen, und nicht der ominöse Aggressions- oder Todestrieb, spielen also bei der Entstehung von Kriegen und vor allem bei der Weckung von *Kriegsbereitschaft* bei den Soldaten und in der Bevölkerung eine große Rolle. Feindbilder werden geschaffen, Gefühle werden mobilisiert, Energien werden geweckt und in eine bestimmte Richtung gelenkt, um den Boden für den nächsten Krieg zu bereiten. Was aber sind die eigentlichen Ursachen bzw. Verursacher und was sind die treibenden Kräfte? Hier lässt uns Fromm nicht im Zweifel, zumindest was die beiden Weltkriege betrifft, an denen Deutschland beteiligt war:

*„Die Beweggründe für den Ersten Weltkrieg waren die wirtschaftlichen Interessen und der Ehrgeiz der politischen, militärischen und industriellen Führer auf beiden Seiten und nicht das Bedürfnis der verschiedenen beteiligten Nationen, für ihre aufgestaute Aggression ein Ventil zu finden. [...] Im großen und ganzen kann man sagen, daß die Kriegsziele der Deutschen im Ersten Weltkrieg auch ihre Beweggründe dafür waren: wirtschaftliche Hegemonie in West- und Mitteleuropa und Gebietszuwachs im Osten. Dies waren effektiv auch Hitlers Kriegsziele, dessen Außenpolitik im wesentlichen eine Fortsetzung der Außenpolitik des Kaiserreichs war.“* (Fromm 1973a, GA VII, S. 190, Hervorhebung H.J.)

Fromm differenziert zwischen den Kriegszielen der politischen, militärischen und industriellen Führung und den Einstellungen in der Bevölkerung. Er betont ferner den „negativen Einfluss der Regierung und der *Presse*“ (ebd.), deren Gleichschaltung im Dritten Reich nur staatliche Propaganda zuließ. Auch heute kann die Bedeutung der Massenmedien, was Meinungsbildung und Einstellungen zum Krieg angeht, kaum überschätzt werden. Das sieht man z.B. an den Kübeln von Håme, mit denen Günter Grass in der westdeutschen Presse nach seinem kritischen Israel-„Gedicht“ übergossen wurde,



während Israels Premier Netanjahu in der *Welt am Sonntag* vom 22. April 2012 in einem mehrseitigen Interview Gelegenheit erhielt, seine Auffassung von den Aggressionsabsichten des Iran in aller Ausführlichkeit darzulegen. Spätestens seit dem Zweiten Golfkrieg hat es sich eingebürgert, dass im Fernsehen für die aktuelle Berichterstattung fast nur Bildmaterial verwendet wird, das die Militärs freigegeben haben. Kritische Berichte erfolgen – wenn überhaupt – erst mit zeitlichem Abstand und über andere Kanäle. Ein krasses Beispiel ist die Berichterstattung über Abu Ghraib, die Militär und Regierung der USA am liebsten ganz verhindert hätten.

Erstaunlicherweise findet Fromm auch positive Seiten, die der Krieg zumindest haben kann. Der Krieg bewirke „bis zu einem gewissen Grad eine Umwertung aller Werte“ (Fromm 1973a, GA VII, S. 192). Klassenunterschiede verschwinden oder gehen zurück, Altruismus und Solidaritätsgefühl werden geweckt. Im Krieg „ist der Mensch wieder Mensch“ (ebd.) und er kann sich auszeichnen, ohne dass ihm „sein sozialer Status als Bürger Vorrechte einräumt“, kurz: Der Krieg erscheint wie eine „indirekte Rebellion gegen Ungerechtigkeit, Ungleichheit und Langeweile, wie sie das gesellschaftliche Leben in Friedenszeiten beherrschen, und man sollte die Tatsache nicht unterschätzen, dass der Soldat – wenn er gegen den Feind um sein Leben kämpft – nicht gegen Mitglieder seiner eigenen Gruppe um Nahrung, ärztliche Betreuung, Unterkunft und Kleidung zu kämpfen braucht.“ (ebd.) Fromm fügt allerdings hinzu: „Für all dies sorgt ein perverses sozialisiertes System. Daß der Krieg diese positiven Seiten aufweist, ist ein trauriger Kommentar zu unserer Zivilisation.“ (Fromm 1973a, GA VII, S. 192.)

Problematisch an dieser Passage erscheint mir vor allem die Behauptung, dass im Krieg „der Mensch wieder Mensch“ sei. Wenn sie überhaupt einen Sinn haben soll, dann kann sie sich nur auf die Nivellierung von Klassengegensätzen (die aber in jeder Armee zwischen Offizierkorps und Mannschaften weiterbestehen) und auf traditionell hoch bewertete soldatische „Tugenden“ wie Tapferkeit, Überblick und Besonnenheit in gefährlichen Situationen, Kameradschaft und Hilfsbereitschaft gegenüber den eigenen Leuten beziehen. Angesichts der Technisierung des Krieges und der Entwicklung von Distanzwaffen, deren Einsatz über Kontinente hinweg elektronisch gesteuert wird, angesichts der Automatisierung und vielfach potenzierten Zerstörungskraft, die den heutigen Waffensystemen innewohnt, werden soldatische „Tugenden“ wie die genannten jedoch gegenstandslos. Der Mensch wird nicht zum Menschen, sondern zum Roboter, der, ohne Gefühlsregungen zu zeigen, die Tötungsmaschine möglichst effektiv bedient. Auch auf diese Entwicklung hat Fromm mit Nachdruck hingewiesen. Neben der nüchternen Feststellung, dass „die Zahl und Intensität der Kriege mit der Entwicklung der technischen Zivilisation größer geworden ist“ (Fromm 1973a, GA VII, S. 193), heißt es an anderer Stelle drastischer, dass die „*Gleichgültigkeit* dem Leben gegenüber“ und die „*Brutalisierung* des Menschen“ seit dem Ersten Weltkrieg „immer mehr zugenommen haben“ (Fromm 1990r, GA XI, S. 507, Hervorhebung H.J.). So sagt Fromm in seinem Aufruf gegen den Vietnamkrieg:

*„Der Krieg in Vietnam erscheint mir wie der letzte Schritt dazu, daß wir gegenüber der Destruktivität unempfindlich und dem Leben gegenüber gleichgültig werden. Hier töten wir, verbrennen und verstümmeln wir viel mehr Zivilisten – Männer, Frauen und Kinder – als feindliche Soldaten. Wir wollen die Folterungen nicht wahrhaben, die die südvietnamesischen Truppen an den Kriegsgefangenen vorgenommen haben. Wir bombardieren ein kleines Land Tag für Tag mit der ausgesprochenen Absicht, die Menschen zum Aufgeben zu zwingen, indem man sie lange genug leiden läßt. [...] Wir berichten über unsere Erfolge,*



*nicht indem wir wie früher die eroberten Gebiete erwähnen, sondern indem wir die Anzahl der getöteten Feinde mitteilen – den Jägern vergleichbar, die die bei der Jagd getöteten Hirsche oder Hasen zählen. Die Menschen lesen die Nachrichten darüber beim Frühstück oder auf dem Weg zur Arbeit. Wenn diese Entwicklung so weitergeht, werden die letzten Überreste des Gewissens aus der Seele des Menschen verschwunden sein, und es wird zu einer universellen Entmenschlichung kommen.“ (Fromm 1990r, GA XI, S. 508.)*

Der Krieg in Vietnam, bei dem erstmals die systematische Verseuchung eines Landes aus der Luft von den Amerikanern in großem Maßstab praktiziert wurde, ist für Fromm ein Beispiel für die „schlimmste Perversion, zu der der Mensch fähig ist: zum Angezogenen von Verfall und Totem und zu der irrationalen Leidenschaft, anderen seinen Willen aufzuzwingen, indem man ihnen Schmerzen zufügt. [...] Vielleicht liegt die größte Gefahr nicht so sehr in der Grausamkeit, sondern in der *Gleichgültigkeit dem Leben gegenüber*, die eine Folge unserer Vergötzung des rein Mechanischen, des Organisierens und des Leblosen ist.“ (a.a.O., S. 509.) Fromm konstatiert nicht nur in den Planungen der Nuklearstrategen, sondern auch in den konventionellen Kriegen eine Tendenz, sich der „Vergötzung des rein Mechanischen, des Organisierens und des Leblosen“ (ebd.), m.a.W. der *Nekrophilie* (im veränderten Sprachgebrauch Fromms) hinzugeben. Je mehr Kriege weltweit zum Normalzustand werden, indem sie uns schon beim Frühstück durch die Medien als Reality Show serviert werden, je mehr die Kriegführung durch Technik und Elektronik gesteuert und von der angerichteten Zerstörung dissoziiert wird, umso mehr stumpft das Empfinden fürs Lebendige ab. Dass wir das nicht hinnehmen sollen, ist die Botschaft, mit der Fromm die Menschen aus ihrer Gleichgültigkeit herausreißen will.

### **Die Rolle Deutschlands und der Bundeswehr aus der Sicht Erich Fromms**

Wenn man Fromms Stellungnahme zur „Deutschen Frage“ (Fromm 1990n, GA XI, S. 493) richtig einordnen will, muss man berücksichtigen, dass er in einer Zeit schrieb, in der die Erinnerung an das Dritte Reich und den Zweiten Weltkrieg noch ziemlich frisch war; ferner, dass er als aus Deutschland geflohener Jude schrieb, der inzwischen (seit 1941) die *amerikanische Staatsbürgerschaft* besaß. Wenn Fromm in seinen Memoranden das Wort „Wir“ benutzt (z.B. Fromm 1961j, GA XI, S. 475), so spricht er als amerikanischer Staatsbürger, der sich über die Vorgänge in Deutschland vor allem durch den SPIEGEL – der damals noch ein kritisches Journal war – informiert, der die deutsche Politik von der anderen Seite des Atlantiks aus mit Sorge verfolgt und der als sein wichtigstes Ziel die Erhaltung des Friedens sieht.

Im Jahr 1961 weist Fromm darauf hin, dass Deutschland (gemeint ist die Bundesrepublik) nach anfänglicher Ablehnung der Wiederbewaffnung „bereits die stärkste Militärmacht“ (Fromm 1961a, GA V, S. 140) in Europa geworden sei, dass seine Generäle die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen forderten und dass die Regierung sich weigere, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen. In Verbindung mit dem „Geschrei“ der Vertriebenenverbände sieht Fromm hier einen Revanchismus am Werk, von dem eine ernsthafte Kriegsgefahr ausgeht, und er warnt die USA davor, dem Drängen der Deutschen allzu sehr nachzugeben (a.a.O. S. 143f.). Vor allem Franz Josef Strauß gilt Fromm damals als ein skrupelloser Machtpolitiker, der unentwegt darauf hinarbeite, dass Deutschland „den Finger am Auslöser einer eigenen Atombombe“ (Fromm 1966h, GA V, S. 13) haben könne. Bekanntlich wurde entschieden, dass die Bundeswehr nicht über eigene Atomwaffen verfügen, jedoch im Rahmen der NATO für





atomare Einsätze geeignete Kampfflugzeuge bereitstellen soll, was in Büchel in der Eifel noch immer der Fall ist. In den 70er Jahren sahen die NATO-Planungen für den „Ernstfall“ den Einsatz von Atomwaffen im „Sperrgürtel“ entlang des Eisernen Vorhangs vor, ohne dass Regierung und Parlament ihre Zustimmung dazu hätten geben müssen. Fromm hat also Recht mit seinem Argwohn, dass die militärischen Führungsstäbe der NATO, in die die Deutschen nächst den Amerikanern die stärkste Position innehatten und -haben, unabhängig von demokratischer Kontrolle nach der Verfügung über Atomwaffen strebten und auch bereit waren, diese einzusetzen.

Was die Beurteilung der *Generalität der Bundeswehr* (vgl. Fromm 1990n, GA XI, S. 497f.) angeht, ist Fromm insoweit Recht zu geben, als bis in jüngste Zeit der Streit zwischen Reformern, die den „Staatsbürger in Uniform“ propagierten, und Traditionalisten, die an die autoritären Strukturen der Wehrmacht anknüpften, ein Dauerthema war (vgl. Wehler 2002, S. 303ff.). Mit der Aussetzung – d.h. der faktischen Abschaffung – der Wehrpflicht hat die Idee des „Staatsbürgers in Uniform“ endgültig ausgedient; gefragt ist der Typ des Söldners, der militärische Befehle bedenkenlos ausführt. Rückblickend kann man den Antikommunismus der Adenauer-Zeit, in dem das alte Feindbild der Nazis weiterlebte, das Sich-nicht-abfinden-wollen mit dem Verlust der deutschen Ostgebiete und die Nichtanerkennung der DDR unter dem Aspekt sehen, dass die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 dem Anspruch nach offen gehalten und gegebenenfalls mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden sollte. Unzutreffend ist jedoch Fromms Annahme, dass es zu dieser Art von militaristischem Freund-Feind-Denken in der damaligen Bundesrepublik „praktisch keine Opposition“ (Fromm 1990n, GA XI, S. 498) gegeben habe. Willy Brandt, Egon Bahr und Walter Scheel leiteten am Ende der 60er Jahre die „neue Ostpolitik“ ein – bekanntlich gegen den erbitterten Widerstand von Strauß und anderen Hardlinern in der CDU/CSU. Fromm hat sich zu dieser Wendung der deutschen Politik meines Wissens nicht geäußert.

Eigenständige militärische Interessen der USA wurden erkennbar, als Anfang der 80er Jahre im Zuge des sog. „NATO-Doppelbeschlusses“ Pershing II-Raketen und Cruise Missiles in Westeuropa stationiert wurden, die in der Lage waren, einen „Enthauptungsschlag“ gegen die russischen Kommandozentralen zu führen. West- und Mitteleuropa wären bei einem Krieg mit der Sowjetunion ohne direkte Gefährdung der USA zum atomaren Gefechtsfeld geworden. Damals erlebte die *Friedensbewegung*, die nach den Protesten der 50er Jahre ein eher bescheidenes Dasein geführt hatte, einen ungeahnten Aufschwung, und das mit Recht, da die unmittelbar lebensbedrohliche Konsequenz dieser militärischen Planspiele auf der Hand lag. Dass die Raketen schließlich abgezogen wurden und wenigstens ein Teilerfolg bei den Abrüstungsgesprächen erzielt werden konnte, ist nicht zuletzt den Massenkundgebungen der Friedensbewegung zu verdanken. Im Nachhinein erscheint es fast wie ein Wunder, dass es nach Hiroshima und Nagasaki in all den Jahren des Kalten Krieges nicht zu einem weiteren Einsatz von Atombomben und auch zu keiner anderweitigen militärischen Auseinandersetzung zwischen den Truppen des Warschauer Paktes und der NATO gekommen ist. Und dies, obwohl man mit Fromm durchaus in Zweifel ziehen kann, dass das Wettrüsten auf beiden Seiten, wie immer beteuert wurde, nur in defensiver Absicht erfolgte.



## Entwicklung seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation – die „neuen“ Kriege

Das Ende des Kalten Krieges bedeutete keineswegs das Ende militärischer Auseinandersetzungen, im Gegenteil: Es führte dazu, dass Russland, das aus dem jahrzehntelangen Wettrüsten ökonomisch geschwächt hervorgegangen war, sich nach Abzug seiner Truppen aus Afghanistan ungestört dem Krieg in Tschetschenien widmen konnte, während die USA als weiterhin bestehende Supermacht mit imperialem Anspruch ihre Außenpolitik verstärkt mit konventionellen Kriegen fortsetzen konnten (1989 Panama, 1991 Kuwait, 2001 Afghanistan, 2003 Irak). Einen wachsenden Einfluss des Militärs auf die Politik hatte Fromm schon 1968 festgestellt:

*„Der Einfluß der Streitkräfte auf die Gestaltung der Politik nimmt ständig zu. Angesichts der Höhe unseres Verteidigungsetats ist es nicht verwunderlich, daß das Verteidigungsministerium und die CIA (die operiert, ohne daß sie von anderen Abteilungen des Regierungsapparates wirksam kontrolliert würde) ihren Machtbereich ständig weiter ausdehnen. Dies ist zwar verständlich, bedeutet jedoch eine große Gefahr für unser demokratisches System, eine Gefahr, der nur damit wirksam zu begegnen ist, dass die Wähler entschlossen darauf bestehen, ihrem Willen wieder Geltung zu verschaffen.“* (Fromm 1968a, GA IV, S. 344.)

Von einer Rückgewinnung des Einflusses der Wähler auf die Entscheidungen kriegführender Militärs und Politiker sind wir jedoch, wie die Missachtung des Votums der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zeigt, derzeit weiter denn je entfernt. Der Einfluss des *militärisch-industriellen Komplexes* auf die Entscheidungen der Politik hat nach dem Ende des Wettrüstens zwischen Ost und West nicht ab-, sondern zugenommen (wie z.B. die jüngsten Planungen zur Rüstungskonzentration in der EU zeigen). Deutschlands Waffenproduktion ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Was den Rüstungsexport angeht, liegt die deutsche Waffenindustrie seit Jahren nach den USA und Rußland an dritter Stelle; ein bedeutender Anteil unseres Rüstungsexports dient der „Modernisierung“ der Armeen anderer NATO-Länder. Die NATO wurde nach dem Ende des Warschauer Pakts, zu dem sie ein Gegengewicht bilden sollte, nicht aufgelöst, sondern mit neuer Zielbestimmung versehen und mit konventionellen Waffen weiter aufgerüstet. In den sog. *Petersberg-Aufgaben* der WEU von 1992 wurde für die europäischen Streitkräfte die Teilnahme an „friedenserhaltenden“ und „friedensschaffenden“ bzw. „-erzwingenden“ Einsätzen (sprich: UNO-Blauhelm-Missionen und Kriegseinsätzen in Krisengebieten außerhalb Europas) festgeschrieben. In den *Verteidigungspolitischen Richtlinien* der Bundesregierung aus dem gleichen Jahr war erstmals von der „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen“ als „vitalem Sicherheitsinteresse“ Deutschlands die Rede (vgl. Bastian 1993, S. 63). All dies führte dazu, dass die jahrzehntelang geltende, im Grundgesetz verankerte und als Folge zweier verlorener Weltkriege in der Bevölkerung akzeptierte Norm, dass von deutschem Boden nie wieder ein Angriffskrieg ausgehen dürfe und der Einsatz von Streitkräften sich auf die Landesverteidigung zu beschränken habe, allmählicher Erosion unterlag.

Erleichtert wurde die Erosion grundgesetzlicher Hürden gegen auswärtige Militäreinsätze dadurch, dass seit dem Vertrag von Maastricht 1992 die „Sicherheitspolitik“ ausdrücklich in die Zuständigkeit der neu gegründeten EU fallen sollte. Ab 1997 (Vertrag von Amsterdam) sprach man von einer „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“, die 2009 im EU-Vertrag von Lissabon als „Gemeinsame Sicherheits- und Ver-



teidigungspolitik“ (GSVP) festgeschrieben wurde. Indem man die Landesverteidigung und die wesentlich weiter ausgreifende *Sicherheitspolitik* miteinander verknüpfte, wurde die Hemmschwelle für Militäreinsätze außerhalb des Gebietes der EU gesenkt. Die SPD und die GRÜNEN, die einst als Öko- und Friedenspartei angetreten waren, haben ihren Widerstand gegen diese Art von Militäreinsätzen längst aufgegeben, wie die Abstimmungen im Bundestag zeigen. Nur DIE LINKE hat bisher geschlossen gegen die Auslandseinsätze der Bundeswehr gestimmt.

Um die Zustimmung der Bevölkerung zu gewinnen bzw. sie über den wahren Charakter der Militäreinsätze im Unklaren zu lassen, musste zuallererst die Sprache, in der über diese Einsätze geredet wird, einschließlich der Berichterstattung in den Medien, entsprechend zugerichtet werden. Es beginnt schon damit, dass positiv besetzte Wörter wie „Friede“, „Sicherheit“ und „Demokratie“ mit der Entsendung von Militär verbunden werden – auch der Vietnamkrieg der Amerikaner wurde ja seinerzeit mit „Freedom and Democracy“ gerechtfertigt. Anwesenheit von Militär bedeutet jedoch zunächst und vor allem Anwesenheit von *Gewalt*, d.h. zumindest die *Androhung* von Gewalt, keineswegs Frieden und erst recht nicht Demokratie, wie die Beispiele Irak und Afghanistan zeigen. Gewalt erzeugt Gegengewalt und Frieden lässt sich durch Militär nicht erzwingen, höchstens ein Aufhören der Kampfhandlungen, wenn der Gegner am Boden zerstört ist und aufgibt. Hass und Ressentiments bleiben zurück, wenn der erzwungene Friede mit ungerechten Bedingungen verknüpft wird (wie nach dem Ersten Weltkrieg im Versailler Vertrag – mit den bekannten Folgen).

Die Vernebelungstaktik setzt sich fort in der Art, wie der Einsatz *moderner Waffensysteme* benannt wird. Die Ermächtigung zum Einsatz von Schusswaffen aller Art und damit zum Töten ist ein „robustes Mandat“. Angriffe hochtechnisierter Kampfjets mit Bomben und Raketen werden verharmlosend „Luftschläge“ genannt – wie wenn jemand beim Boxen in die Luft haut. Dabei wird suggeriert, dass die Luftschläge mit „chirurgischer Präzision“ erfolgen. Wie beim Ego-shooter sieht man im Fernsehen durch das Objektiv der elektronischen Bordkamera, bis das Ziel – immer aus genügender Entfernung anvisiert – getroffen ist; die angerichtete Zerstörung wird jedoch nicht gezeigt. Stellt sich heraus, dass das (angeblich immer militärisch bedeutsame) Ziel verfehlt wurde und dass Zivilpersonen getötet wurden, so spricht man von bedauerlichen, aber leider unvermeidlichen „Kollateralschäden“ – auch das eine fatale Verharmlosung.

Man sieht, dass mit derartiger Wortakrobatik die Menschen an den Krieg gewöhnt werden sollen. 50, 60 oder bald 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist es an der Zeit, dass Deutschland endlich wieder seinen „Platz in der Welt“ als „starke Nation in der Mitte Europas“ einnimmt, heißt es in den *Verteidigungspolitischen Richtlinien* vom 18. Mai 2011. Dazu gehört, dass man auch wieder Krieg führen darf oder soll, selbstverständlich im völkerrechtlichen Rahmen und nur zur eigenen Verteidigung, die auch am Hindukusch erfolgen kann, und legitimiert durch den Verbund mit der NATO oder die durch EU-Verträge abgesegnete Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP).

Der Gipfel der ideologischen Schönfärberei wird erreicht, wenn man behauptet, die militärische Intervention erfolge aus „*humanitären Motiven*“. Es ist das fragwürdige „Verdienst“ des ehemaligen Außenministers und früheren „Sponti“, Öko- und Friedensaktivisten Josef („Joschka“) Fischer, mit diesem Argument den GRÜNEN die Zustimmung zum NATO-Krieg gegen Serbien abgepresst zu haben. Was ist dran an der Argumen-



tation, man führe Krieg aus „humanitären“ Motiven?

Wer mit humanitären Motiven argumentiert, greift in der Regel auch gleich in die große Schublade der Menschenrechte. Die NATO musste angeblich 1999 im Kosovo-Konflikt Serbien angreifen, um die Menschenrechte einer Bevölkerung oder Bevölkerungsgruppe zu schützen. Menschenrechte gelten als maßgebliches Wertefundament, dessen Missachtung zu „Akten der Barbarei“ führt, wie es in der Präambel der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* von 1948 heißt (vgl. Heidemeyer 1997, S. 209). Wieweit diejenigen, die von anderen die Einhaltung von Menschenrechten fordern, sie selbst respektieren, steht freilich auf einem anderen Blatt (Beispiel USA: die Behandlung der Häftlinge in Guantanamo, Folterungen in Abu Ghraib und neuere Gesetze zu Terrorverdächtigen). Wenn man sich auf Menschenrechte berufen will, um durch Einsatz militärischer Gewalt Menschenrechtsverletzungen (wohlgemerkt: immer der *anderen* Seite!) zu verhindern, dann bewegt man sich argumentativ auf sehr dünnem Eis, denn man muss sich zugleich fragen bzw. fragen lassen, wieweit man *selbst* die Menschenrechte dabei respektiert oder verletzt. Krieg, d.h. die bewusste und gezielte Tötung von Menschen, ist aber die stärkste Verletzung von Menschenrechten, die man sich denken kann. Dabei geht es nicht nur um die Tötung von Kombattanten, sondern auch von Zivilisten. Menschenrechte sind universal gültig und unteilbar. Sie eignen sich daher nicht, um Krieg zu rechtfertigen. Andreas Buro vom *Komitee für Grundrechte und Demokratie* berichtet, dass ihn eine Frau in der Diskussion über den NATO-Krieg im Kosovo gefragt habe: „Sagen Sie, bei wie vielen Toten hört die humanitäre Intervention auf, humanitär zu sein?“ (Buro 2011, S. 249.) In dieser einfachen Frage zeigt sich die ganze Absurdität der „humanitären“ Begründung von Kriegseinsätzen. Deshalb gilt: „Menschenrechtlich können kriegerische Entscheidungen prinzipiell nicht gerechtfertigt werden. Es gibt *keinen menschenrechtlich legitimierbaren Krieg*. Es sei denn, man stelle die Menschenrechte zur beliebigen Disposition.“ (Narr/Roth/Vack 1999, S. 44, Hervorhebung H.J.) Ob es andere, vielleicht tragfähigere Begründungen gibt, lasse ich dabei offen. In jedem Fall muss, wer kriegerische Handlungen rechtfertigen will, seine Begründung einer sehr strengen Prüfung unterziehen.

Bei den „neuen“ Kriegen, die von den USA und den westeuropäischen Staaten nach dem Ende des Kalten Krieges geführt wurden und werden, handelt es sich größtenteils um „*asymmetrische Kriege*“ (Münkler 2010, S. 219). Damit ist gemeint, dass auf der einen Seite technisch hochgerüstete, aus Steuermitteln finanzierte, vom Staat unterhaltene professionelle Streitkräfte, auf der anderen Seite nichtstaatliche, technisch schlechter ausgerüstete, jedoch mit der Zivilbevölkerung in Verbindung stehende oder sie als Geisel benutzende und terrorisierende, in ihren Operationen flexibel agierende Gruppen von Kombattanten in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt sind. Klassisches Beispiel aus neuerer Zeit ist der Afghanistan-Krieg. Beim dortigen „Krieg gegen den Terror“ liegt das Hauptproblem für die ins ausländische Krisen- bzw. Kampfgebiet entsandten Streitkräfte darin, dass eine noch so gut ausgerüstete Truppe den Gegner in dessen eigenem Land kaum zu fassen bekommt, da er nur durch seine – großteils nächtlichen – Aktionen, nicht durch sein eindeutig (z.B. an Uniform oder Abzeichen) erkennbares Personal zu identifizieren ist. Man weiß nicht so genau, wer „Talib“ (arab. „Suchender“ im religiösen Sinn) ist und wer nicht, und diese Unsicherheit verstärkt die Aggressivität bei den ausländischen Truppen. Es werden mit Sicherheit weit mehr Zivilisten getötet, die nachträglich als „Taliban-Kämpfer“ ausgegeben werden, als den offiziellen Angaben entspricht. Im Afghanistan-Krieg hat sich die Al-Kaida



längst ins Nachbarland abgesetzt und das Wiedererstarken der Taliban kam vor allem durch die Unterstützung Pakistans zu Stande. Soll man dieses Land deshalb ebenfalls mit Krieg überziehen? Da es sich bei Pakistan immer noch offiziell um einen westlichen „Verbündeten“ handelt, ist das schwer vorstellbar. Wie man sieht, bringt ein Krieg mit derartigen Ungleichgewichten für die mit regulären Streitkräften operierende Partei erhebliche Schwierigkeiten mit sich. Es ist keineswegs ausgemacht, dass hohe technische Überlegenheit langfristig zum Sieg führt. Auch die Drohnenangriffe auf pakistanischem Gebiet, mit denen die US-Geheimdienste ihre Al-Kaida-Tötungsliste abarbeiten, bringen, militärisch gesehen, keine entscheidenden Vorteile. Eindeutige Kriterien, an denen man Erfolge messen könnte, fehlen und die Ziele der Militärpräsenz in Afghanistan bleiben wechselhaft und vage. Nur die Zerstörung des Landes nimmt zu und das Vertrauen der Bevölkerung in die fremden Streitkräfte – wenn es denn jemals bestanden hat – nimmt mit jedem „Kollateralschaden“ ab. Ob es gelingt, eine erneute Machtübernahme der Taliban zu verhindern, ist zweifelhafter denn je. Wenn die ausländischen Truppen schließlich abgezogen werden, weil der Krieg zu teuer wird und die eigenen Verluste zu hoch sind, fragt man sich, was tatsächlich erreicht wurde. Abgesehen von prinzipiell-rechtlichen Bedenken weisen auch die geringen „Erfolge“ darauf hin, dass die militärische Intervention besser unterblieben wäre.

Es muss noch erwähnt werden, dass auch die „neuen“ Kriege, entsprechend Fromms These, jenseits aller idealistischen Scheinargumente aus „*wirtschaftlichen Interessen*“ (Fromm 1973a, GA VII, S. 190) geführt werden. Vermittelt über einen bewusst vage gehaltenen Begriff von „Sicherheit“ (Sicherheit vor terroristischen Anschlägen, Sicherheit der Energieversorgung, der Transportwege usw.), werden wirtschaftliche, politische und militärische Interessen miteinander verschmolzen. Im Zeichen einer globalisierten kapitalistischen Wirtschaft wird militärische Präsenz und Intervention bei knapper werdenden Rohstoffen und Energiereserven nicht zur *ultima*, sondern zur *proxima ratio* politischen Handelns. Deshalb beanspruchen die Militäretats einen steigenden Anteil in der Haushaltsplanung, während Investitionen in die zivile Infrastruktur, in das Gesundheits- und Bildungswesen unterbleiben oder zurückgefahren werden. Auch in den internationalen Beziehungen macht sich diese Verschiebung bemerkbar. Jean Ziegler spricht von „Zynismus, Arroganz und Doppelzüngigkeit“ der westlichen Staaten, da von den Millenniumszielen (Halbierung der Zahl der Hungernden, Schutz des Klimas, Reduzierung der Kindersterblichkeit, bessere Gesundheitsversorgung, Entwicklungspartnerschaft zwischen West und Süd usw.) bisher kein einziges erreicht wurde. Im Gegenteil: Die Lage in den armen Ländern in Afrika und Asien hat sich in den letzten Jahren, angeheizt durch die Nahrungsmittelspekulation, immer mehr verschlechtert, während die reichen westlichen Industrieländer dabei sind, ihre Ansprüche auf Wirtschaftswachstum, Naturverbrauch und Umweltverschmutzung immer ungenierter auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen (vgl. Ziegler 2011, S. 120ff.). Ziegler scheut sich nicht, im Untertitel seines Buches von einem „wirtschaftlichen Weltkrieg“ zu sprechen, der schon längst im Gange sei. Wenn man von Friedenspolitik in einem umfassenden Sinn sprechen will, dann kann damit nicht der Einsatz militärischer Spezialkräfte in irgend einem Krisengebiet gemeint sein, sondern dann muss auch und vor allem dem ständig sich verschärfenden *wirtschaftlichen Weltkrieg* Einhalt geboten werden.

### **Grundsätze einer tragfähigen Friedenspolitik – Anregungen Erich Fromms**

Nach dem Blick auf die Entwicklung seit dem Ende des Kalten Krieges mag es ange-



bracht sein, noch einmal auf Erich Fromms friedenspolitisches Engagement in den 60er Jahren zurück zu kommen. Bei den *Salzburger Humanismusgesprächen* im Jahr 1968, bei denen er u.a. mit Herbert Marcuse und Robert Jungk zusammentraf, hielt Fromm aus dem Stegreif ein Referat *Zur Theorie und Strategie des Friedens*, in dem er nicht nur, wie in seinen Stellungnahmen zur amerikanischen Außenpolitik, auf die Bedrohung des Weltfriedens durch das atomare Wettrüsten und Möglichkeiten zum Abbau der Spannungen zwischen den beiden großen Machtblöcken, sondern auch auf grundlegende Voraussetzungen der Friedenspolitik hinwies. Bemerkenswerterweise griff er hierbei auf das schon eingangs erwähnte „prophetische Konzept der ‚Messianischen Zeit‘“ (Fromm 1970h, GA V, S. 243) zurück. Friede könne nämlich zweierlei bedeuten: im negativen Sinn „Nicht-Krieg oder Nicht-Anwendung von Gewalt zur Erreichung gewisser Ziele“, im positiven Sinn dagegen einen „Zustand der brüderlichen Harmonie aller Menschen“, aber auch mit der Natur, was dem biblischen „Schalom“ im Sinne von „Ganzheit, Harmonie, Vollheit“ (ebd.) entspreche.

Fromm ist sich bewusst, dass er mit der *positiven* Definition des Friedens von Realpolitikern jedweder Couleur leicht als Utopist abgestempelt werden kann. Gleichwohl hält er daran fest, dass es solche Utopien geben muss, ja dass sie als Idealentwürfe einer besseren Welt unerlässlich sind, wenn man sich nicht mit einer ungenügenden Version des Bestehenden zufrieden geben will. Immerhin kann man aus der Utopie der Brüderlichkeit, die einst die Französische Revolution auf ihre Fahnen geschrieben hat, die Forderung an die Gesellschaft ableiten, dass sie nicht auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruhen soll, und Fromms Vorstellung vom Frieden mit der Natur kann auch für die ökologische Thematik fruchtbar gemacht werden (vgl. Johach 1992, S. 96f.). Ferner ist es denkbar, die Utopie einer „brüderlichen Harmonie aller Menschen“ zur angesprochenen Thematik eines Ausgleichs zwischen den reichen Industrieländern des Westens und den „armen“ Ländern in Afrika, Asien und Südamerika in Beziehung zu setzen. Wenn man in konstruktiver Weise an die Beseitigung der Ursachen von Kriegen im 21. Jahrhundert herangehen will, dann ist es jedenfalls erforderlich, im Umgang mit den Ländern auf der Südhalbkugel auf Machtpolitik – auch im Sinne von Finanzspekulation mit Nahrungsmitteln, Genpatenten auf Saatgut und ausbeuterischen Handelsbeziehungen – zu verzichten und sich ernsthaft um eine Begrenzung der Schäden im Ökosystem zu bemühen, ohne die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder zu knebeln. So gesehen ist Fromms Vorstellung vom Frieden in seiner positiven Bedeutung durchaus nicht wirklichkeitsfremd. Es wäre ein Fortschritt, wenn die Verhandlungen auf internationaler Ebene sich stärker an dieser Vorstellung orientieren würden.

Auf der pragmatischen Ebene führt Fromm einige grundlegende Prinzipien an, von denen sich eine vernünftige Friedenspolitik leiten lassen soll. Dazu gehört

(1) das Prinzip, die „*Niederlage des Gegners zu vermeiden*“ (Fromm 1970h, GA V, S. 252). Dies klingt paradox, da im üblichen Freund-Feind-Denken der Militärs die dauerhafte Schwächung oder völlige Ausschaltung des Gegners als selbstverständliches Ziel vorausgesetzt wird. Fromm denkt jedoch vom anderen Ende her: Wie soll ein friedliches Zusammenleben von ehemals verfeindeten Kontrahenten möglich sein, wenn eine Seite durch die Niederlage so tief geschwächt und gedemütigt wird, dass sie nur noch an Rache und Revanche denkt? Er bemerkt mit Recht, dass die Diplomaten und Staatsmänner im 19. Jahrhundert noch um dieses Prinzip gewusst und zum Teil auch



entsprechend gehandelt hätten, während es danach völlig in Vergessenheit geraten sei. Um auch hier nochmals ein aktuelles Beispiel zu nennen: Man kann den Konflikt zwischen dem Staat *Israel und den Palästinensern* nur lösen oder wenigstens entschärfen, wenn das Existenzrecht *beider* Seiten, der Israelis und der Palästinenser, anerkannt und durch Verträge, die entsprechende Territorien und Lebensmöglichkeiten zusichern, dauerhaft gewährleistet ist. Meist ist jedoch in den westlichen Medien nur vom Existenzrecht des Staates Israel die Rede. Dann wird zwar (wie jüngst beim Staatsbesuch des „neuen“ Bundespräsidenten in Israel) die Siedlungspolitik Israels, die einen lebensfähigen Palästinenserstaat immer unwahrscheinlicher macht, vorsichtig kritisiert; handfester Druck auf die israelische Regierung, die Siedlungspolitik zu ändern, wird jedoch nicht ausgeübt – von der deutschen Regierung aus historischen Gründen schon gar nicht, aber auch nicht vom amerikanischen Verbündeten, der dazu am ehesten in der Lage wäre. Unter diesen Umständen müssen sich die Palästinenser weiterhin gedemütigt fühlen, und eine wirkliche Friedenslösung kommt nicht in Sicht.

(2) Als ein weiteres Prinzip nennt Fromm „*Aufklärung über die Tatsachen, Erziehung zu kritischem Denken*“ (Fromm 1970h, GA V, 252f.). Dieses Prinzip zielt vor allem auf die kritische Prüfung der Fakten, die von der kriegführenden oder kriegsbereiten Partei als Gründe für die angebliche Unausweichlichkeit militärischen Eingreifens angeführt werden, und auf die Entwicklung von friedlichen Alternativen. Es geht darum, vorgegebene Gründe zu hinterfragen und sich über die wahren Hintergründe und Drahtzieher des Konflikts und deren Motive, seien sie ökonomischer, energiepolitischer oder machstrategischer Art, Klarheit zu verschaffen. (Hierzu ein klassisches Beispiel aus neuerer Zeit: die angeblichen Massenvernichtungsmittel im Irak als Vorwand für den Krieg und der beabsichtigte Zugriff amerikanischer Ölfirmen auf die dortigen Ölreserven.) Des Weiteren geht es darum, Skepsis gegenüber *Feindbildern* und jeglicher Art von Schwarz-Weiß-Malerei zu wecken, pseudo-religiöse Fundamentalismen (nicht nur bei islamistischen, sondern auch bei sich „christlich“ nennenden Politikern!) in Frage zu stellen und sich von Idolen und Ideologien, die die narzisstische Überbewertung des Selbst und die Entwertung des Anderen betreiben, zu lösen. Fromms besonderes Augenmerk gilt dabei dem *Nationalismus* als einer Form von Patriotismus, der „die eigene Nation über die Menschheit stellt, über die Prinzipien von Wahrheit und Gerechtigkeit“ (Fromm 1955a, GA IV, S. 45). In der Begeisterung der meisten Amerikaner über die Exekution Bin Ladens durch ein Kommandounternehmen auf pakistanischem Territorium konnte man etwas von diesem verletzten nationalen Narzissmus und ungunstigen Patriotismus spüren.

(3) Als Alternative zur bewaffneten Auseinandersetzung mit einem Gegner, dessen ungerechte Herrschaft man nicht länger erdulden will, erwähnt Fromm den „*passiven Widerstand*“ (a.a.O., S. 245). An ihm könne auch die größte Gewalt scheitern. Als Beispiel führt er die politische Aktivität Mahatma Gandhis an, die nach etlichen Jahren unfriedlicher Unterdrückung zur Befreiung Indiens vom englischen Kolonialismus führte, ohne selbst zu Gewalttätigkeit und Terrorismus zu greifen. Er hätte aber auch Martin Luther King nennen können, der zwar von weißen Rassisten ermordet wurde, dessen Aufrufe und Aktivitäten zum passiven Widerstand jedoch entscheidend dazu beigetragen haben, dass zumindest in der Gesetzgebung der USA die Rassendiskriminierung in den 60er Jahren aufgehoben wurde. Beide Beispiele zeigen: Man kann auch ohne bewaffneten Widerstand wirksam für Menschen- und Bürgerrechte kämpfen. *Gewaltlosigkeit* ist ein essentieller Bestandteil jeder Friedensstrategie, die Herrschafts- und Un-



rechtsverhältnisse mit friedlichen Mitteln ändern will. Über den Boykott von ungerechten Maßnahmen hinaus kann *Zivile Konfliktbearbeitung* dazu dienen, die militärische Austragung von Konflikten überflüssig zu machen (vgl. Buro 2011, S. 90ff.). In diesem Zusammenhang ist die von Johan Galtung, dem Nestor der Friedensforschung, zusammen mit jüngeren Mitarbeitern entwickelte *Transcend-Method der Konflikttransformation* zu erwähnen, die darauf abzielt, durch Erweiterung des einseitig verzerrten Rahmens der Konfliktwahrnehmung und der bisher zur „Lösung“ verwendeten gewaltsamen Mittel den „Hass auf die anderen“ (Galtung u.a. 2003, S. 194) zu überwinden und zu einer friedlichen Lösung zu kommen.

Weitere Forderungen und Tätigkeitsfelder einer aktiven Friedenspolitik, die sich auf Grund der aktuellen Situation ergeben, sind unter anderem:

(1.) *Zivile Entwicklungshilfe* muss ausgebaut werden und klar von militärischen Interventionen getrennt bleiben. Weder die Anbiederung von Soldaten an die ausländische Bevölkerung als „Sozialarbeiter in Uniform“ noch die Instrumentalisierung der Entwicklungsdienste für militärische Zwecke kann als sinnvoll und förderlich für Entwicklungsprojekte, die den Menschen vor Ort dienen sollen, oder humanitäre Hilfe in Notsituationen angesehen werden.

(2.) Gegen die durch Verträge mit den Kultusministerien geförderte stärkere *Präsenz der Bundeswehr an den Schulen* und die Darstellung der Auslandseinsätze als „Normalfall“ muss in der Weise angegangen werden, dass solche Veranstaltungen nach Möglichkeit nicht stattfinden. Kritisch eingestellte Lehrer können sich jederzeit (noch) weigern, Jugendoffiziere vor ihrer Schulklasse sprechen zu lassen. Falls sich eine konsequente Weigerung nicht praktizieren lässt, ist das Mindeste, was zu fordern wäre, eine kritische Nachbesprechung, in der auf die Problematik der „neuen“ Bundeswehr hingewiesen wird, nach Möglichkeit aber auch eine gleichwertige Beteiligung von *Antikriegs-Organisationen* (wie z.B. DFG-VK, Pax Christi) an solchen Veranstaltungen. In etlichen Bundesländern gibt es bereits friedenspolitische Initiativen, die unter dem Motto „Schulfrei für die Bundeswehr“ die schleichende Militarisierung des Denkens an den Schulen zu verhindern suchen.

(3.) Schließlich können wir alle mit dazu beitragen, dass die *Friedensbewegung* wieder mehr Zulauf erhält, indem wir uns an Ostermärschen, Demonstrationen, Antikriegstagen und Aktionen zivilen Ungehorsams beteiligen und dafür sorgen, dass die Themen, die Inhalte dieser Tagung sind, weiter in der Diskussion bleiben.

### Zusammenfassung

Als *Fazit* ergibt sich: Friedenspolitik ist zu wichtig, als dass sie allein den Politikern überlassen werden dürfte. Echte Friedenspolitik steht heute im Gegensatz zu dem, was Politiker und EU-Verträge unter dem Druck des Militärs und der Rüstungswirtschaft als Friedenspolitik bezeichnen. Die alte Devise *Si vis pacem, para bellum* hat sich als falsch und inhuman erwiesen. Viel eher ist zutreffend, dass, wer sich für den Krieg rüstet, ihn früher oder später auch führen wird. Krieg ist kein Mittel, um dauerhaften Frieden zu erreichen, im Gegenteil: Krieg führt zu weiterer Eskalation von Gewalt, wie alle Beispiele aus jüngerer Zeit zeigen. Er kann daher *kein legitimes Mittel der Politik* sein, wie uns führende Politiker im Verbund mit Wirtschaftsverbänden, Militär und einem großen Teil der Medien einreden wollen. Gerade für uns Deutsche sollte nach





zwei verlorenen Kriegen, die durch eine aggressive Expansionspolitik der wirtschaftlichen, militärischen und politischen Führung verursacht wurden, der Grundsatz weiter in Geltung bleiben, dass von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen darf. Unsere staatliche Souveränität und die Wiedererlangung von „Normalität“ in der Völkergemeinschaft bedürfen keines Nachweises durch Kriegseinsätze außerhalb des Gebiets der Bundesrepublik; ebenso wenig ist ein Einsatz der Bundeswehr im Innern zulässig. Eine Erweiterung des NATO-Auftrags dahingehend, dass „Störungen der Transportwege und der Rohstoff- und Warenströme“ durch weltweiten Militäreinsatz unterbunden werden sollen, wie die *Verteidigungspolitischen Richtlinien* vom Mai 2011 fordern, steht in krassem Widerspruch zum Grundgesetz und ist deshalb strikt abzulehnen. „Humanitäre“ Kriegseinsätze sind ein Widerspruch in sich, da jeder Krieg Tote fordert und am meisten die Zivilbevölkerung unter immer brutaler werdenden Angriffen leiden muss. Zivile Konfliktbearbeitung und humanitäre Hilfsprogramme, die vom Militär unabhängig sind und nur einen Bruchteil der militärischen Kosten verursachen, sind eine sinnvolle Alternative zu Kriegseinsätzen.

Erich Fromm hat uns durch seine kritische Beurteilung der politischen Entwicklung in Deutschland während der Nachkriegszeit wichtige Argumente gegen eine Wiederbelebung militaristischen Denkens an die Hand gegeben. Er hat sich mit seinen politischen Analysen in der Zeit des Kalten Krieges und durch sein Engagement in der amerikanischen Friedensbewegung mit Nachdruck für die *Erhaltung des Friedens mit friedlichen Mitteln* eingesetzt. Seine friedenspolitischen Aktivitäten und die in ihnen zum Ausdruck kommende biophile Grundhaltung können wir am besten wertschätzen, indem wir uns unter den veränderten Bedingungen der heutigen Zeit in seinem Sinne für den Frieden engagieren.

#### Literatur

- Akrap, D., 2011: *Erich Fromm – ein jüdischer Denker*. Jüdisches Erbe – Tradition – Religion. Münster-Wien-Berlin: LIT-Verlag.
- Bastian, T., 1993: *Frieden schaffen mit deutschen Waffen*. Krieg als Mittel der Politik? Plädoyer für ein ziviles Deutschland. Köln: PapyRossa.
- Buro, A., 2011: *Gewaltlos gegen Krieg*. Lebenserinnerungen eines streitbaren Pazifisten. Frankfurt/M.: Brandes & Apsel.
- Fromm, E., 1999: *Erich Fromm Gesamtausgabe (GA)*. Hrsg. v. Rainer Funk. XII Bde. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt und Deutscher Taschenbuch Verlag. .
- Fromm, E., 1941a: *Die Furcht vor der Freiheit*. GA I, S. 217-392.
- Fromm, E., 1955a: *Wege aus einer kranken Gesellschaft*. GA IV, S. 1-254.
- Fromm, E., 1960c: „Gründe für eine einseitige Abrüstung“. GA V, S. 213-224.
- Fromm, E., 1961a: *Es geht um den Menschen!* Tatsachen und Fiktionen in der Außenpolitik. GA V, S. 43-211.
- Fromm, E., 1961j: „Tatsachen und Fiktionen über Berlin“. GA XI, S. 474-480.
- Fromm, E., 1962a: *Jenseits der Illusionen*. Die Bedeutung von Marx und Freud. GA IX, S. 39-157.
- Fromm, E., 1964a: *Die Seele des Menschen*. Ihre Fähigkeit zum Guten und Bösen. GA II, S. 159-268.
- Fromm, E., 1966h: „Marschieret Deutschland bereits wieder?“ GA V, S. 13-17.
- Fromm, E., 1968a: *Die Revolution der Hoffnung*. Für eine Humanisierung der Technik. GA IV, S. 255-377.
- Fromm, E., 1970h: „Zur Theorie und Strategie des Friedens“. GA V, S. 243-257.
- Fromm, E., 1973a: *Anatomie der menschlichen Destruktivität*. GA VII.



Propriety of the Erich Fromm Document Center. For personal use only. Citation or publication of material prohibited without express written permission of the copyright holder.

Eigentum des Erich Fromm Dokumentationszentrums. Nutzung nur für persönliche Zwecke. Veröffentlichungen – auch von Teilen – bedürfen der schriftlichen Erlaubnis des Rechteinhabers.

- Fromm, E., 1990n (1965): Die deutsche Frage. GA XI, S. 493-498.
- Fromm, E., 1990r (1966): Der Vietnamkrieg und die Brutalisierung des Menschen. GA XI, S. 507-510.
- Fromm, E., 1990t (1948): „Für eine Kooperation von Israelis und Arabern“. GA XI, S. 523-527.
- Fromm, E.; Maccoby, M.: 1962b: „Die Frage der Zivilverteidigung“. GA V, S. 225-242.
- Funk, R., 1983: *Erich Fromm – mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten*. Reinbek: Rowohlt.
- Galtung, J.; Jacobsen, C.G.; Brand-Jacobsen, K.F., 2003: *Neue Wege zum Frieden*. Konflikte aus 45 Jahren: Diagnose, Prognose, Therapie. Minden: Bund für Soziale Verteidigung e.V.
- Heidelmeyer, W. (Hrsg.), 1997: *Die Menschenrechte*. Erklärungen, Verfassungsartikel, Internationale Abkommen. 4. Aufl. Paderborn-München-Wien-Zürich: Schöningh.
- Jack, H.A., 1987: „Die Friedensbewegung und Erich Fromm“. In: L. v.Werder (Hrsg.): *Der unbekannte Fromm*. Biographische Studien. Frankfurt/M.: Haag & Herchen, S. 61-70.
- Johach, H., 1992: „Systemsprenge Kraft der Utopie. Religiös-politische Perspektiven der Kritischen Theorie“. In: M. Kessler; R. Funk (Hrsg.): *Erich Fromm und die Frankfurter Schule*. Tübingen: Francke, S. 87-109.
- Johach, H., 2000: „Gelebter Humanismus. Zeitdiagnose und politisches Engagement“. In: R. Funk; H. Johach; G. Meyer (Hrsg.): *Erich Fromm heute*. Die Aktualität seines Denkens. München: Deutscher Taschenbuch Verlag, S.68-84.
- Lorenz, K., 1974: *Das sogenannte Böse*. Zur Naturgeschichte der Aggression. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Mitscherlich, A., 1969: *Die Idee des Friedens und die menschliche Aggressivität*. Vier Versuche. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Münkler, H., 2010: *Die neuen Kriege*. 4. Aufl. Reinbek: Rowohlt.
- Narr, W.-D.; Roth, R.; Vack, K., 1999: *Wider kriegerische Menschenrechte*. Eine pazifistisch-menschenrechtliche Streitschrift. Köln: Komitee für Grundrechte und Demokratie.
- Wehler, H.-U., 2002: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Fünfter Band: Bundesrepublik und DDR 1949-1990. München: Beck.
- Ziegler, J., 2011: *Der Hass auf den Westen*. Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren. München: Goldmann.